

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums



Wegweisend nur für Touristen. Die Anderen müssen sich so durchschlagen.

AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

MIGRATION / FRANKREICH

Über Berge und Grenzen

Um den intensiven Polizeikontrollen an der italienisch-französischen Grenze zwischen Nizza und Ventimiglia zu entgehen, benützen Flüchtende und Migrant*inn*en seit Sommer 2017 die viel gefährlichere Route über die Alpenpässe oberhalb der französischen Grenzstadt Briançon. Die Freiwilligen, die ihnen zur Hilfe eilen, sind überlastet und fordern, dass der Staat seinen Verpflichtungen für die Schutzsuchenden nachkommt.

Wenn die Geflüchteten die Überquerung der Berge von Italien nach Frankreich geschafft haben, verbringen sie in der Regel einige Tage in Briançon, bevor sie versuchen, per Bus oder Zug weiterzureisen oder in Frankreich einen Asylantrag zu stellen. Sowohl die verschiedenen Arten der Hilfeleistungen für diese Menschen als auch die polizeiliche Repression gegen sie haben im Laufe der Jahre in der Region um Briançon ständige Veränderungen erlebt. Ich kann natürlich die jetzige Situation – und wie ich sie empfinde – beschreiben, aber schon morgen sind es vielleicht andere Menschen, andere Probleme und vielleicht sogar andere Orte, die wir verstehen und kennenlernen müssen. Doch bleiben wir vorläufig in dieser Grenzstadt, an diesem volatilen Knotenpunkt, wo sich die

Wege von Skitourist*innen, Einheimischen und internationalen Migrant*inn*en kreuzen.

Zuflucht in der Kirche

Am 24. Oktober 2021 schloss das von den Hilfsinitiativen betriebene Refugium «Les terrasses solidaires» (ein ehemaliges Sanatorium) seine Pforten für die ankommenden Menschen, weil deren Zahl die Aufnahmekapazität von 60 Personen weit überschritten hatte und die im Refugium aktiven Helfer*innen dadurch völlig überfordert waren. In der Nacht vor der Schliessung suchten 230 Schutzsuchende eine Unterkunft. Als der Grossteil von ihnen keine fand, verbrachten sie die Nacht im Bahnhofsgebäude oder im Freien. Angesichts dieser Situation öffnete der Bischof von Gap zusammen mit

dem amtierenden Pfarrer die Kirche Sainte Catherine in Briançon, um die Geflüchteten vorübergehend zu beherbergen. Die Geflüchteten wurden sowohl in den Kirchenräumen als auch auf dem Vorplatz in Zelten untergebracht. Zudem erlebte das «Netzwerk von solidarischen Gastgeber*inne*n» unter den Einheimischen eine Reaktivierung.

In der Woche vom 8. November 2021 schneite es sehr viel und die Temperaturen sanken danach auf Minus 10° Celsius. Die Vereine und solidarischen Bürger*innen warteten immer noch auf eine längerfristige Lösung und starteten zahlreiche Aktionen und Anfragen, um eine Antwort der Behörden auf diese humanitäre Krise zu erhalten: Ein Brief ging an Martine Clavel, die zuständige Präfektin des Departements, und eine Anfrage an das Kabinett von Emmanuelle Wargon, zuständig für Wohnungen im Ministerium für den ökologischen Übergang – ohne Erfolg. Der Versuch von Helfenden, die Geflüchteten in einem ehemaligen Impfzentrum unterzubringen, scheiterte. Schliesslich, am Samstag, den 13. November, stellte «Médecins sans frontières» (MSF), ein aufblasbares Zelt von rund 100 Quadratmetern im Garten der Kirche Sainte Catherine auf. Solche riesigen Zelte, die mit Öl geheizt werden, sind normalerweise für humanitäre Krisen im Ausland reserviert.

Der Staat tut nichts

Am Dienstag, dem 16. November, reichte dann die Vereinigung «Tous migrants» beim Verwaltungsgericht in Marseille eine Klage ein, um die Behörden zu zwingen, eine Not-

aufnahme und -unterbringung für die Migrant:innen einzurichten und zwar entsprechend des «Référé Liberté»-Verfahrens, d. h. im Rahmen eines Dringlichkeitsverfahrens zur Beendigung eines Verstoßes gegen eine Grundfreiheit oder eine öffentliche Freiheit. Das Urteil, das am Dienstag, dem 30. November, erging, wies die Klage jedoch ab. Das Gericht folgt damit der Logik der Präfektur, also der Logik eines Staates, der seine Verantwortung verleugnet, seiner Pflicht, Schutz zu gewähren, nicht nachkommt, und die gesamte Last auf die Bürger:innen und Vereine abwälzt. Das Gericht weigert sich, den Staat anzuweisen, exilierten Menschen zu helfen, deren Menschenrechte mit Füßen getreten werden.

Der Präfektin fiel unterdessen nichts Besseres ein, als die Hilfsinitiativen der Bürger:innen für «eine Sogwirkung» verantwortlich zu machen. «Die Zunahme des Angebots an Unterbringungsmöglichkeiten durch das Refugium der ‚Terrasses solidaires‘ ist den Schleppernetzwerken gut bekannt», behauptete sie. Die fast permanente Überlastung dieser Struktur nahm sie nicht zur Kenntnis. Dem Antrag der Vereine auf Eröffnung einer von den Behörden verwalteten Aufnahme- und Unterbringungsmöglichkeit, um die Empfangskapazitäten zu erhöhen, erteilte sie eine deutliche Absage: «Die verstärkten Kontrollen um Briançon ermöglichen uns in diesem Stadium eine Steuerung des Migrant:innen-Stroms; von uns wird keine Aufnahme- und Unterbringungsmöglichkeit initiiert werden.»

Bürger:innen helfen

Die Stadt Briançon liegt nur wenige Kilometer von der französisch-italienischen Grenze entfernt und jede Nacht kommen hier Männer, Frauen und Kinder erschöpft und frierend an. Der Weg über die Berge bis hierher – bei Minustemperaturen und Schnee – ist ausgesprochen schwierig und gefährlich. Deshalb ziehen wir weiterhin als freiwillige Helfer:innen los, um präsent zu sein, damit die Menschen sich nicht verirren oder verletzen, nicht abstürzen oder erfrieren. Wir treffen viele Familien, oft zwischen zehn und zwanzig Erwachsene und Kinder – vor allem Kleinkinder. Sie kommen meistens aus Afghanistan und dem Irak. Alleinstehende Männer sind in der Regel aus Nordafrika. Die Anzahl der Menschen, die pro Tag kommt, ist sehr unterschiedlich, es können aber leicht vierzig Personen oder mehr sein. Wenn sie nach mehr als zehn Stunden Fußmarsch endlich Zuflucht finden, haben sie in Briançon die Möglichkeit zu essen, sich aufzuwärmen und umzuziehen.

Da die «Terrasses solidaires» mit einer Kapazität von 60 Betten seit Anfang Dezember wieder geöffnet sind, wird alles getan, um diesen Menschen Schutz zu bieten. Hier gibt es Schlafsäle mit Feldbetten, und solidarische Freiwillige sind immer anwesend, um die Mahlzeiten zuzubereiten, die Betten aufzustellen und alle notwendigen Kleidungsstücke und Materialien aus Sammlungen entgegenzunehmen und für die Ankommenden bereit zu halten. Der Aufwand ist enorm und aus diesem Grund gibt es im Refugium auch Angestellte, welche die Aufgabe haben, die Betreuung zu koordinieren. Diese Koordination erfolgt auch mit der Kirche Sainte Catherine, wo das MSF-Zelt noch immer steht – für

den Fall, dass die 60-Personen-Marke der «Terrasses» überschritten wird. Deshalb gibt es auch Angestellte für eine Nachtpräsenz sowohl im Refugium als auch in der Kirche.

Glücklicherweise tragen die vielen Aufrufe zur Solidarität ihre Früchte. Es gibt eine ständige Erneuerung von Freiwilligen, was sehr hilfreich ist. Denn wer hier lange aktiv ist, läuft Gefahr, ein Burn-out zu bekommen – vor allem die Helfer:innen, die in der Region leben und ständig mit allen Schwierigkeiten konfrontiert sind, die durch die polizeiliche Repression und die klimatischen Bedingungen entstehen. Die verschiedenen Gruppen, Vereine und Freiwilligen müssen sich in immer komplexeren und sich ändernden Situationen bewegen und koordinieren.

Die Gesundheitskrise erfordert noch mehr Management, da alle Migrant:innen, die den Zug nehmen, einen Covid-Test machen müssen, bevor sie aus Briançon abreisen können. Praktisch alle wollen weiter – in Richtung Paris, Grossbritannien oder Deutschland. Nur Wenige bleiben in der Region hängen. Mit den Menschen, die von Vereinen und Freiwilligen vorläufig aufgenommen und unterstützt werden, ist die Kommunikation wegen Sprachproblemen oft eingeschränkt. Da diese Geflüchteten in der Regel nicht lange in der Gegend bleiben, muss man Erklärungen, Ratschläge usw. immer wieder von vorne beginnen. Dazu kommen noch die ganzen «Nebenarbeiten» wie die Verwaltung des Heizöls, des Brennholzes und die Aufnahme und Einführung von neuen Freiwilligen, die im Durchschnitt nur zwei Wochen bleiben. Doch das ist längst nicht alles. Es geht auch darum, die Medien zu informieren, Anfragen an die Behörden zu formulieren, eventuellen Verhaftungen nachzugehen und Prozesse gegen freiwillige Helfer:innen zu begleiten. Regelmässige Organisationstreffen werden abgehalten. Auch Informationsveranstaltungen für die Bevölkerung sind wichtig: Organisation vom «Tag der Migration», Konferenzen, Filmvorführungen und vieles mehr.

Sinnlose Repression

Auf dem Montgenèvre-Pass, zwischen der italienischen Stadt Oulx und Briançon, sind die freiwilligen Helfer:innen, die aus ganz Frankreich kommen, immer wieder Gegenstand von Identitätskontrollen, Verfolgungen oder Verhaftungen durch die Grenzpolizei, die immer mehr Uniformierte einsetzt, um die Grenze zu «schützen». Neben den Aktivist:innen, die sich auf Französisch «Maraudeurs» nennen, sind auch Ärzte und Personal von «Médecins du Monde» im Einsatz. Sie sind eine grosse Hilfe und auch oft in der Nacht, ergänzend zu den Freiwilligen, unterwegs.

Noch wesentlich schlimmer als die Schikanen gegen die «Maraudeurs» ist die Verfolgung der Migrant:innen durch Polizei und Gendarmerie. Die Geflüchteten werden geradezu gejagt, und wenn sie aufgegriffen werden, landen sie auf dem Posten der Grenzpolizei «Police Aux Frontières» (PAF), von wo aus, in den allermeisten Fällen, deren Rückschiebung nach Italien stattfindet. Ein Beispiel für eine der tragischen Folgen dieser

Situation war die Trennung zweier schwangerer Frauen, die wegen ihrem physischen Zustand ins Spital nach Briançon gebracht werden mussten, von ihren Kindern und Ehepartnern, die zur gleichen Zeit nach Italien zurückgeschafft wurden. Die einzige Antwort des Staates auf dieses Phänomen der Migration ist die massive Verstärkung der Militarisierung an der Grenze. Die Migrant:innen sind so gezwungen, hier in den Bergen immer höher gelegene und gefährlichere Wege zu nehmen. Es ist unmenschlich und illusorisch zu glauben, dass das Problem der Flucht durch diese Militarisierung gelöst werden kann, zumal diese Menschen vor Krieg, Hunger, Gewalt und Verfolgung fliehen. Die polizeiliche Repression soll offenbar dazu dienen, alle vor Ort handelnden Personen zu destabilisieren, egal wer sie sind. Daher ist es wichtig, dass das Recht auf Hilfe und Solidarität eingefordert wird.

Als sich die Helfer:innen in der Zeit des Lockdowns mit einer Genehmigung der Vereinigung, der sie angehörten, ausweisen mussten, um sich auf den Montgenèvre-Pass begeben zu können, sah die Polizei natürlich bei den Kontrollen, dass die Freiwilligen für die Flüchtlinge in Bergnot unterwegs waren. Damals wurde also toleriert, dass sie Hilfe

leisteten, aber warum wird dann so viel Druck ausgeübt? Regelmässig kommt es zu Anschuldigungen, dass durch deren Solidarität die Migrant:innen in den Bergen gefährdet würden, obwohl völlig klar ist, dass die Flüchtenden vor der Polizei Angst haben und sonst vor niemandem. Solange die Freiwilligen auf französischem Territorium bleiben und sie nicht die Grenze zu Italien übertreten bzw. nicht hin und her gehen, darf die Hilfe nicht kriminalisiert werden.

Alle wissen es: Die abgewiesenen Migrant:innen werden immer wieder zurückkommen – wenn nicht heute, dann morgen. Deshalb noch einmal unsere Frage: Warum soll man sie durch eine immer stärkere Polizeipräsenz in Gefahr bringen? Und warum wird darauf beharrt, dass dieses Land nicht offen sein kann für alle, die sich hier niederlassen oder durchreisen wollen?

Die Initiativen vor Ort – Refuges Solidaires, Tous Migrants, Terrasses Solidaires, Les Solidaires de Briançon – und die Hilfsorganisationen Médecins du Monde, Secours Catholique, Caritas France und alle freiwilligen Helfer:innen, wiederholen ständig ihre Forderungen an die staatlichen Behörden:

- für einen echten Dialog mit den Vereinen, Bürger:innen und Betroffenen;
- die Einrichtung eines staatlichen Notaufnahmesystems als Ergänzung zur privaten Hilfe;
- für den Zugang zu Covid-Tests, um die Gesundheit zu schützen und die Weiterreise der Migrant:innen zu gewährleisten;
- für einen erleichterten Zugang zu Transportmitteln.

Nach wie vor gilt die Parole: Unsere Berge dürfen nicht zu Friedhöfen werden!

Noëlle Damaj

«Glücklicherweise tragen die Aufrufe zur Solidarität ihre Früchte.»

Wegen der Verurteilung Domenico Lucanos

Mehrere Leser:innen schrieben uns, nachdem sie den Artikel «Menschlichkeit – ein Verbrechen?» im Archipel Nr. 308 (November 2021) gelesen hatten, schockiert über die skandalöse Verurteilung des ehemaligen Bürgermeisters von Riace, Domenico «Mimmo» Lucano. Sie fragten uns, wie sie gegen dieses brutale Urteil protestieren könnten, da wir in dem Artikel keine entsprechenden Hinweise gegeben hatten. Wir schickten in einer ersten Reaktion persönliche Solidaritätsbekundungen direkt an Domenico – insbesondere diejenigen unter uns, die das Flüchtlingsprojekt von Riace seit langem verfolgen und Domenico am nächsten stehen. Danach veröffentlichten wir eine offizielle Solidaritätserklärung des EBF.

Die Welle der Proteste und Petitionen auf italienischer und internationaler Ebene war enorm. Wenn Sie gegen das Urteil protestieren oder Domenico unterstützen wollen, können Sie immer noch folgende Online-Petitionen (auf Französisch) unterzeichnen: www.change.org/p/domenico-lucano-mimmo-lucano-nous-sommes-avec-toi
www.change.org/p/mario-draghi-liberte-pour-mimmo-lucano
Sie können auch direkt eine Unterstützungsnachricht an Domenico schicken: <https://riacecittafutura.org/scrivi-un-messaggio-a-mimmo-lucano>

Auf der Webseite der «Seebrücke Schweiz» finden Sie Informationen, was bisher schon getan wurde: <https://seebruecke.ch/2021/10/13/solidaritaet-mit-mimmo-lucano>
Auf jeden Fall werden wir Domenico Lucano und auch seine Mitangeklagten weiterhin unterstützen. Das Urteil geht in die Berufung und zum Zeitpunkt eines neuen Prozesses werden wir wieder mobilisieren. Selbstverständlich halten wir Sie über die weiteren Schritte auf dem Laufenden.

Die Redaktion

ler Tradition stammendes Herangehen, das nichts gegen die Präsenz muslimischer Menschen auf einem gemeinsamen Territorium einzuwenden hat, sofern (aber nur sofern) diese ihre Unterordnung akzeptieren und die systematische Überlegenheit der mal eher als christlich, mal eher als laizistische definierten «französischen Zivilisation» hinnehmen. Zum Zweiten trifft man auf einen Diskurs, der den Islam als Feind und historischen Gegenspieler wahrnimmt, dessen Präsenz – über die Anwesenheit von sich zu dieser Religion bekennenden Menschen in Frankreich und Europa – mindestens enge Grenzen zu setzen seien. Er geht oft mit der Beschwörung von Ängsten und Bedrohungsszenarien über Immigration, «Invasion» und Überschwemmung einher.

Und noch ein drittes Argumentationsmuster kann man innerhalb des ideologischen Felds der Rechten ausmachen: Es beschwört einen «Respekt aller kulturellen Identitäten» und ihre «Gleichwertigkeit» bei gleichzeitigem striktem Vermischungsverbot im Namen eines so genannten Ethno-Pluralismus. Das Konzept wurde in den 1970er und 1980er Jahren durch den Schriftsteller Alain de Benoist geprägt – die Gallionsfigur der damals so bezeichneten «Nouvelle Droite» (Neue Rechte), ein Begriff, der in Frankreich anders als in Deutschland nicht beliebig auf irgendwelche an Einfluss gewinnenden rechten Gruppen angewendet wird, sondern eine Strömung mit sehr spezifischen Inhalten bezeichnet. In bestimmten Phasen machte auch ein Jean-Marie Le Pen – der sich wahlweise und abwechselnd bei allen drei Diskurssträngen bediente, je nach politischem Bedarf des Augenblicks – dabei Anleihen. So traf er im August 1997 an der Ägäis auf eigenen Wunsch mit dem soeben gestürzten, islamistischen türkischen Ex-Premierminister Necmettin Erbakan zusammen und begriff ihn dabei als Vorkämpfer gegen die Vermischung der Kulturen, in dem Sinne, wie auch die «Nouvelle Droite» mitunter das Aufkommen des politischen Islam als «Erwachen des Wunschs nach Wiederaneignung kultureller Identität» begrüßte. Dies hinderte denselben Le Pen (senior) nicht daran, in anderen Momenten «den» Islam in düsteren Farben als Bedrohung für das Abendland auszumalen. Um Kohärenz war er nicht unbedingt bemüht – die Ideologen, die ihm die Stichworte im einen oder anderen Zusammenhang lieferten, hingegen schon. (...)

Der ethnisierte Blick

Ein weiterer, in rassistischen Diskursen üblicher Argumentationsstrang widerspiegelt die zugleich räumliche, soziale und herkunftsbezogene Segregation von Bevölkerungsgruppen in Frankreich. Diese existiert faktisch, nicht jedoch auf juristischer Ebene; am 20. Januar 2015 meinte der damalige – sonst nicht gerade als Kritiker sozialer Ungleichheiten, sondern eher als rechter Flügelmann seiner Partei bekannte – sozialdemokratische Premierminister Manuel Valls etwas unerwartet in einer Ansprache: «Eine territoriale, soziale, ethnische Apartheid hat sich in unserem Land durchgesetzt.» Die Benutzung des Begriffs «Apartheid», die damals frappte, ist dabei in der Sache falsch: Es besteht kein Regelwerk von Gesetzen oder Verordnungen,

RASSISMUS/FRANKREICH

Gefährliche Ideologien

Frankreich weist auf eine lange historische Tradition rassistischer Praxis (der Diskriminierung oder Hierarchisierung zwischen Menschengruppen) und Theoriebildung zurück. Alles andere wäre erstaunlich, blickt das Land doch, neben einer lange Kette sozialer Widerstände und demokratischer Bewegungen, auch auf eine Geschichte kolonialer Eroberungen, des Sklavenhandels¹ und der Bekämpfung antikolonialer Aufstände zurück.

Rassistische Inhalte kristallisierten sich im politischen Raum in Frankreich im letzten guten Vierteljahrhundert vor allem rund um die Präsenz des Islam, oder die als Muslime wahrgenommenen Menschen im öffentlichen Raum oder generell im Land. Auch Jean-Marie Le Pen, ebenso wie seine Tochter und politische Nachfolgerin Marine Le Pen, betrieben Politik damit; jedoch beileibe nicht nur sie. Dabei verschoben sich zum Teil die Angriffswinkel in ihrer Argumentation, denn dort, wo Jean-Marie Le Pen das katholische Abendland und seine Traditionen verteidigte,

gibt sich seine Tochter – die eher wenig an religiösen Werten interessiert scheint und dafür auch aus anderen Teilen der (extremen und konservativen) Rechten kritisiert wird – weitaus eher als Vorkämpferin der Säkularisierung und französischen Laizität (laïcité), ja selbst als Verfechterin der Rechte von Homosexuellen und Juden durch deren «Bedrohung durch islamische Einwanderer».

Dabei überlappten sich in jüngerer Zeit auf der politischen Rechten drei unterschiedliche Argumentationsmuster rund um das Thema «Islam». Da wäre erstens ein aus kolonia-



die explizit rassistische Trennungen zwischen Bevölkerungsgruppen vorschreiben. In langjährigen Prozessen wurden jedoch seit der Industrialisierung in Frankreich (die später einsetzte als in Deutschland) «Risikobevölkerungen» – also zunächst die Industriearbeiterschaft – in besonderen Zonen angesiedelt. Und diese waren in den wichtigsten urbanen Ballungsräumen weder Arbeiterviertel innerhalb der Städte noch ländliche Kommunen, sondern Wohngebiete in einem dritten Raum zwischen städtischen Zentren und Land, den man als «banlieues» bezeichnete, nach den früheren «Bannmeilen» rund um die Grossstädte im ausgehenden Mittelalter.

Im Unterschied zu US-Grossstädten bestehen in Frankreich keine explizit «ethnisch» definierten Wohnviertel, vergleichbar mit dortigen «Schwarzenghettos» und anderen räumlichen Einheiten. Überall in Frankreichs Unterschichtsvierteln – in denen die früher dominierende Industriearbeiterschaft weitgehend durch prekär Beschäftigte, Scheinselbstständige und Arbeitslose abgelöst wurde – trifft man nicht auf eine dominierende, abstammungsdefinierte Gruppe, sondern auf eine durchmischte Bevölkerung, zu der «Herkunftsfranzösinen und -franzosen» ebenso zählen wie Einwanderergruppen aus den früheren französischen Kolonien und andere Bevölkerungsteile mit Migrations-

dann als Ausdruck des gewaltaffinen, kriminogenen, potenziell gefährlichen Charakters bestimmter Bevölkerungsgruppen übersetzt, ja mitunter als Konsequenz eines «Kampfs der Kulturen» interpretiert.

Umvolkungs-Ideologie

Auf den Punkt brachte dies der damals als Schriftsteller und Starjournalist bekannte, seit dem 30. November 2021 nunmehr erklärter französischer Präsidentschaftskandidat für die Wahlen im April 2022 – ein parteiloser Vertreter der extremen Rechten – Eric Zemmour. Am letzten Augustwochenende 2021 erklärte er bei einem Auftritt in Aix-en-Provence, es handle sich bei all den (in den «banlieues» tatsächlich mittlerweile stark verankerten) Gewaltphänomenen sowie deren Auswüchsen und Auswirkungen «nicht um Kriminalität» – keineswegs, vielmehr gehorchten sie alle einem übergeordneten Plan, den er als «Jihad» auf den Punkt bringt. Ziel sei es, einen Bevölkerungsaustausch herbeizuführen und die weiss-christlich geprägten Bevölkerungsanteile durch Einschüchterung und Unterminierung der Werte aus ihren angestammten Territorien zu vertreiben.

Dieses «grand remplacement», also der «grosse Bevölkerungsaustausch», soll ein angeblich durch Teile der Eliten planmässig verfolgtes Projekt zur Unterminierung der

hintergrund. In der Wahrnehmung von ausserhalb (...) jedoch dominiert deren Dar- und Vorstellung als «Wohnorte von Araber-inne-n und Afrikaner-innen» und «islamisch geprägte Gebiete».

Damit korrespondiert eine soziale Realität, die durch die Häufung von Problemfaktoren wie Armut, Prekarität, erlittene Diskriminierung und parallel dazu durch einen Anstieg der Häufigkeit von Spannungen und Gewalttätigkeiten aller Art geprägt ist. Der Blick von aussen, also aus der Mehrheitsgesellschaft auf die «Problemzonen», wirkt dabei wie ein Brennglas, durch das hindurch die auch anderswo wirkenden gesellschaftlichen Verwerfungsercheinungen und sozialen Spannungen wahrgenommen – und zugleich oftmals «ethnisierend» – interpretiert werden. In dieser Aussenwahrnehmung wird die Zusammenballung von Problemen mit oftmals sozialen Ursachen

angestammten Nationen, ungefähr im Sinne des früher durch Völkische und Nationalsozialisten in Deutschland vertretene Konzept der «Umvolkung» sein. Geprägt hat diesen Begriff zunächst der Schriftsteller Renaud Camus. Er wurde im April 2000 wegen antisemitischer Buchpassagen und später (in zweiter Instanz 2015) wegen hetzerischer Äusserungen auf einer Anti-Islam-Konferenz im Dezember 2010 in Paris gerichtlich verurteilt. Das letztgenannte Urteil betrifft eine Redepassage, in der Camus so wie elf Jahre später Zemmour erklärte, bei den Straftaten in sozialen Brennpunkten in Frankreich handle es sich nicht um (Alltags-)Kriminalität, sondern um einen, einer Gesamtplanung gehorchenden jihadistischen Angriff. Derselbe Begriff wird später im englischsprachigen Raum – unter anderem durch den Attentäter von Christchurch vom März 2019, Brenton Tarrant – als «great replacement» übernommen.

Aber auch Teile der französischen Konservativen haben sich ideologisch radikalisiert. (...) Eric Ciotti, Abgeordneter der LR (Les Républicains) in Nizza, der sich gerne als Präsidentschaftskandidat präsentiert hätte, dafür jedoch nicht genug Stimmen innerhalb seiner Partei bekommen hat, ist ein Duzfreund des «Radikalisierten» Eric Zemmour (so lautet der Titel eines Buches über ihn: «Le radicalisé» von Etienne Girard). Er nimmt ebenfalls den Begriff des «grand remplacement» in den Mund und kündigte an, im Falle einer Stichwahl zwischen Amtsinhaber Emmanuel Macron und dem Rechtsextremen würde er für Zemmour stimmen.

Programmatisch hat Zemmour ausser viel nationaler Lyrik bislang schlichtweg nichts anzubieten, was seine Anhänger-innenschaft nicht zu stören scheint – er selbst redet sich darauf hinaus, er sei nicht Kandidat für ein Fachministerium, sondern er sei für das grosse Ganze zuständig. Lediglich bei den geforderten drastischen Verschärfungen im Ausländerrecht wurde er in seiner anderthalbstündigen Rede konkret. Dabei geht es um Vorschläge, von denen viele längst durch Le Pens Partei «Rassemblement National» (RN) bekannt waren.

B. Schmid, Anwalt, Paris

1. Der Sklavenhandel in Frankreich wurde 1685 durch ein eigenes Gesetzbuch in Gestalt des «Code Noir» akribisch geregelt, 1794 erstmals und 1848 zum zweiten Mal abgeschafft.

ZITATE des rechtsextremen Präsidentschaftskandidaten Eric Zemmour, der nicht nur rassistisch, islamophob und antisemitisch, sondern auch extrem frauenfeindlich ist:

- «Die Menschen sind sehr primitiv. Wir haben ein archaisches, reptilienartiges Gehirn, und das muss man berücksichtigen. Wenn wir das leugnen, schaffen wir Generationen von Impotenten, Homosexuellen und Geschiedenen.»
- «In einer traditionellen Gesellschaft geht der sexuelle Appetit der Männer mit Macht einher. Frauen sind das Ziel und die Beute eines jeden begabten Mannes.»
- «Es ist eine Katastrophe für die Gesellschaft, wenn die weiblichen Werte dominieren.»
- «Frauen haben eine andere Form der Intelligenz als Männer. Und die grössten Genies sind Männer. Ich weiss, dass man das nicht sagen darf, aber es ist die Wahrheit.»

Archipel

Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1848,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 26201 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nijne Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org

Wir wollen uns lebendig!

Am Internationalen Tag gegen die Gewalt an Frauen, dem 25. November, demonstrierten im Jahr 2021 in allen Bundesländern Mexikos Frauen gegen Femizide, Misshandlungen sowie das Verschwinden von Frauen. Allein in der Hauptstadt marschierten 1500 Frauen durch die Strassen und schrien «si tocas a una, respondemos todas» (wenn du eine anfasst, antworten wir alle).*

Die zu Hunderten vor dem Regierungspalast deponierten rosa Kreuze sowie Transparente mit Bildern und Geschichten der betroffenen Frauen symbolisieren einen traurigen Rekord des Jahres. Von Januar bis Oktober 2021 wurden in Mexiko laut UNO insgesamt 3168 Frauen ermordet. Das entspricht durchschnittlich über zehn Morden an Frauen pro Tag. Im Vergleich zum Jahr 2015 hat sich diese Zahl laut Studien des Staatssekretariats für Nationale Sicherheit (Secretariado Ejecutivo del Sistema Nacional de Seguridad Pública) verdoppelt, wobei die Zahl über die Jahre kontinuierlich angestiegen ist.

Zwischen Januar und September 2021 registrierte die nationale Notfallnummer 911 mehr als eine halbe Million Anrufe wegen häuslicher Gewalt und zwischen dem ersten Dezember 2018 und dem 7. März 2021 wurden laut der «Nationalen Kommission für die Suche vermisster Personen» insgesamt 4267 Frauen als vermisst gemeldet, die Mehrheit davon zwischen 15 und 19 Jahren jung. Die Pandemie erschwert die Situation der Frauen zusätzlich, wie Umfragen der UNO bereits Anfang 2020 gezeigt haben.

Angesichts dessen mutet es trügerisch an, wenn die Bürgermeisterin von Mexiko-Stadt, Claudia Scheinbaum, anlässlich des Zweiten Jahresberichts zum «Dekret über die Gewalt an Frauen» davon sprach, dass im letzten Jahr die Femizide in der Hauptstadt im Vergleich zum Vorjahr um 22 Prozent gesenkt worden seien. Scheinbaum führte dies auf zahlreiche Massnahmen der aktuellen Regierung zurück, insbesondere auf die Einführung des «Gesetzes zur Durchführung von Sofortmassnahmen im Falle frauenfeindlicher Gewalt».

Auch der Versuch des Präsidenten Andrés Manuel López Obrador, die erhöhte Zahl der Femizide der letzten Jahre damit zu erklären, dass man vor seiner Amtszeit wenige Morde dieser Kategorie zugeordnet habe, überzeugt kaum, wenn man beachtet, dass die als «vorsätzliche Tötung» deklarierten Morde an Frauen gleichermassen zugenommen haben.

Neben dem Anprangern von Gewalt an Frauen fordern Feministinnen in Mexiko, dass die Legalisierung der Abtreibung auf alle mexikanischen Bundesstaaten ausgeweitet wird, Fälle von Gewalt gegen Frauen strafrechtlich verfolgt und Bedingungen geschaffen werden, die es erlauben, in Würde und Gleichberechtigung leben zu können. Es ist ein Kampf, der täglich stattfindet und somit über die medialen Bilder der Besetzung der Nationalen Menschenrechtskommission, über

die Graffitis auf historischen Denkmälern oder die Hashtags auf Social Media hinausgeht. Der Kampf der mexikanischen Frauen ist vielfältig und kollektiv. Um zu verstehen, welche Tragweite er im Leben feministisch aktiver Mexikanerinnen hat, gilt es, ihn in seiner Ganzheit zu betrachten. Der Kampfschrei «Nos queremos vivas» (Wir wollen uns lebendig) bildet dabei den gemeinsamen Bezugspunkt aller Gruppierungen, Kollektive und Frauen.

«Wir bitten Sie darum, uns nicht zu töten»

«Die Märsche in Mexiko sind eine Gelegenheit, darum zu bitten, uns nicht zu töten. Ich verstehe immer noch nicht, warum ich das jedes Jahr rufen muss», sagt die Dozentin für Kulturwissenschaften Benelli Velázquez Fernández. «Als ich in Wien war, war ich beeindruckt davon, dass die Slogans den Gehälden und Arbeitsplätzen galten, aber niemand trug Transparente mit Namen von verschwundenen Frauen», fügt sie an. Dies brachte die junge Frau dazu, zu erkennen, dass sie als mexikanische Frau die Angst verinnerlicht hatte. Seitdem bezeichnet sich Velázquez Fernández als Feministin. «Meinen Freundinnen und Freunden dort habe ich versucht zu erklären, dass Leben in Mexiko bedeutet, immer wachsam zu sein», ergänzt sie.

Die Doktorandin in Migrationsstudien arbeitet derzeit mit Müttern aus Mittelamerika, die sich dazu entschlossen, Mexiko zu durchqueren in der Hoffnung auf ein besseres Leben in den USA. Diese Gruppen werden dabei bereits in Mexiko selbst zu einer unsichtbaren Gruppe, die vielen Gefahren ausgesetzt ist und der es an Unterstützung und Sicherheitsnetzwerken fehlt. «Studien zeigen, dass viele Migrantinnen die Antibabypille zum Schutz nehmen, weil sie wissen, dass sie auf dem Weg vergewaltigt werden und dabei nicht schwanger werden wollen», sagt Velázquez. Der Kampf als Migrantin in Mexiko sei nochmals deutlich prekärer. «Es ist der Kampf gegen die institutionelle Ausgrenzung, die Kartelle, die Banden, die dich verfolgen, und all die Männer, die dich als verletzlich ansehen und sexuelle Gefälligkeiten von dir verlangen», ergänzt sie.

Errungenschaften in den letzten Jahren

Die aktuelle mexikanische Frauenbewegung ist entstanden als unmittelbare Reaktion auf die Aufdeckung einer Reihe von Morden an

Frauen im Jahr 1993, deren Leichen in der Wüste von Juárez gefunden wurden. Dieses Ereignis eröffnete die Debatte über Frauenmorde in Mexiko, bewirkte die rechtliche Klassifizierung von Femizid als Verbrechen und löste eine Reihe von Anklagen aus. Die Geschichte des Kampfes für Frauenrechte in Mexiko hatte jedoch bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts begonnen – während der mexikanischen Revolution.

Die Sexualpädagogin Pamela Burgos forscht an der «Nationalen Autonomen Universität von Mexiko» zu Gewalt an Frauen und erinnert sich an die legislativen Errungenschaften im Land, die aus feministischen Kämpfen hervorgegangen sind. Als Beispiel nennt sie etwa, dass 2007 Mexiko-Stadt der erste Ort Lateinamerikas gewesen sei, an dem Abtreibung entkriminalisiert und legalisiert wurde. Im gleichen Jahr wurde mit dem «Grundgesetz zum Zugang der Frau zu einem Leben frei von Gewalt» auch ein weltweit einzigartiger Schutzmechanismus festgelegt, der Sofortmassnahmen festschreibt, um der frauenfeindlichen Gewalt entgegenzutreten. Letztes Jahr wurden zwei weitere bahnbrechende Gesetze erlassen, welche die digitale Verbreitung sexueller Inhalte ohne das Einverständnis der dargestellten Personen und die Mediatisierung von Bildern von Gewaltopfern verbieten.

Burgos stellt fest, dass auch Mexikanerinnen der Mittelschicht, welche Zugang zu Sexualerziehung und feministischen Theorien haben, im Alltag kaum mit sexistischen und patriarchalen Praktiken brechen können: «Wir sind die Töchter des Versprechens der Gewaltlosigkeit. Wir glauben an Änderungen in unseren Beziehungen und Bindungen, aber diese treten nicht ein.» Denn dafür seien die Dekonstruktion gesellschaftlicher Normen und Wertvorstellungen sowie

Selbstliebe nötig, «was uns nie beigebracht wurde», meint die Psychologin. In der Akademie wiederum besteht laut der Historikerin Adriana Cortés ein starkes Wettbewerbsverhalten unter weiblichen Akteurinnen, was durch die «gläserne Decke»¹ noch gesteigert wird. «So perpetuieren Akademikerinnen Machostrukturen und -praktiken», bemerkt Cortés. Zusammen mit Burgos fördert sie deshalb Mentorate unter Akademikerinnen und den Austausch von persönlichen Erfahrungen.

Defizite des mexikanischen Rechtssystems

Tania Osiris ist unter anderem Mitglied des mexikanischen Kollektivs «Divuladoras», welches Informationen und Hilfestellungen zu verschiedensten Themen rund um die Verletzung von Menschenrechten an Frauen anbietet. Die Aktivistin beschreibt ihre persönliche Demonstrationserfahrung als «kathartisch, weil wir den Hass und die Frustration darüber, in einem machistischen und frauenfeindlichen System zu leben, herauschreiben können». Gleichzeitig empfinde sie Hoffnung, wenn sie die Frauen und jungen Leute sehe, die gemeinsam für ein besseres Leben demonstrieren.

Osiris ersetzt mit ihrer Begleitung von tabuisierten und im Bundesstaat Morelos illegalen Abtreibungen eine nicht vorhan-

«Leben in Mexiko bedeutet, immer wachsam zu sein.»



dene Institution. «In meiner Arbeit als Aktivistin habe ich erkannt, welche Defizite das mexikanische Rechtssystem in Bezug auf die Unterstützung von Frauen aufweist», sagt die Feministin. «Die Prozesse in Mexiko sind viktimisierend und korrupt.» Osiris war Teil der Bewegung, die im Senat die Entkriminalisierung und Legalisierung der Abtreibung im Bundesstaat Morelos erreicht hat.

Im südlichen Teil des mexikanischen Bundesstaates Morelos, einem der Gebiete mit den meisten verschwundenen Frauen in dieser Region, arbeitet die Lehrerin Yarezi De Jesús Moreno. Sie hat mit ihren Studentinnen Gruppen und Foren zu den Themen Feminismus, Gender und Gewalt gegen Frauen gegründet. Ihre feministische Arbeit findet vor allem im Unterricht statt. «Man muss nicht unbedingt bei den Märschen und Protesten dabei sein, um eine Feministin zu sein», sagt sie. Manchmal sei es aufgrund der Umstände notwendig, nach alternativen Wegen zu suchen, um das Problem und den Kampf sichtbar zu machen. «In meinen Kursen versuche ich, das kritische Hinterfragen zu fördern und sich wiederholende sexistische Muster aufzuzeigen», fügt sie an. Der Grund dafür, dass De Jesús weiterkämpft, sei die Möglichkeit, gefährdete junge Frauen zu unterstützen und zu begleiten. Frauen also, die angesichts der fehlenden Vertrauenswürdigkeit der Institutionen bei ihr einen sicheren Raum finden.

Künstlerische Ansätze des Feminismus

Der Kunstbereich in Mexiko ist als besonders machistisch und misogyn bekannt. Die Kulturmanagerin Adriana Cortés berichtet davon, dass sie in geschäftlichen Angelegenheiten nicht ernst genommen und aufgrund ihres Äusseren bewertet werde. Jedoch sieht sie in feministischen Künstlerinnen wie Larissa und Isadora Escobedo Vorbilder für jüngere Generationen, die in ihnen eine klare soziale und politische Positionierung im Bereich der Kunst und des Kuratoriums sehen: «Aus der Intersektionalität heraus wachsen Widerstände und Aktionen gegen alte Machopraktiken.»

Die lesbofeministische Liedermacherin Amastista Lía von «Nosotras Compañía» begleitet vergewaltigte Frauen und Frauen,

die ihre verschwundenen Töchter suchen. Sie schreibt systemkritische und feministische Lieder.

«Es kam eine Zeit, in der mir der Schrei ‚Ni una menos‘ (Nicht eine weniger) nicht mehr genügte. Der Schmerz und die Hilflosigkeit, die ich fühlte, brachten mich dazu, Lieder des Spottes zu schreiben», so Lía. Sie singt über das patriarchale System und über die feministische Agenda selbst. «Die Kunst erlaubt mir, mich von all der Feindseligkeit zu reinigen, die die Welt uns bietet, und Grenzen zu überschreiten», erklärt die Künstlerin.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Den Feminismus in Mexiko aktiv zu leben, ist sehr anstrengend, darin sind sich alle

Interviewpartnerinnen einig. Die unterschiedlichen Diskurse und Praktiken, die aus den Erzählungen ersichtlich werden, zeigen die Vielfalt der feministischen Bewegung in Mexiko auf, und zwar sowohl in Bezug auf die Ziele als auch die Wege, die gegangen werden, um Fortschritte bei den Frauenrechten zu erreichen. Dennoch gibt es in den verschiedenen Gruppen die Tendenz, diese Ansätze zu homogenisieren. Burgos steht dem kritisch gegenüber: «Der Versuch, die feministische Bewegung kontrollieren zu wollen, ist ein patriarchaler Ansatz. Sagen zu wollen, was zu tun ist, oder zu versuchen, die Frauen, die Teil der Bewegung sind, zu intellektualisieren – all das bedeutet Ausübung von Gewalt», meint die Aktivistin.

Zu den drei Grundpfeilern, welche alle Untergruppen der feministischen Bewegung in Mexiko trotz deren Heterogenität gemeinsam haben, gehört erstens der Wunsch, eine bedingungslose Unterstützung und Gemeinschaft unter Frauen zu schaffen, zweitens das Ziel, die Sofortmassnahme-Regelung bei Gewalt an Frauen zu einer Priorität in der Regierungsagenda zu erheben, und drittens, in den Worten von Tania Osiris, dass «jeder Fall eine Bewegung auslöst, die in einer Gesetzgebung gipfelt».

Katja Willi,
Gymnasiallehrerin für Deutsch
Lila Gutiérrez, Anthropologin,
Gymnasiallehrerin für Geschichte

*Dieser Artikel wurde am 25. Nov. 2021 von der Schweizer Internetzeitung «Das Lamm» publiziert und von den Autorinnen für den Archipel aktualisiert.

1. Der Begriff des «glass ceiling» wurde in den 1970er Jahren in den USA geprägt. Damit «sind alle [...] subtilen, nicht oder kaum wahrnehmbaren Mechanismen gemeint, die verhindern, dass Frauen Einzug in die Chefetagen halten». (FUNKEN 2005, S.1)

KOLUMBIEN

Ein «Erdbeben» gegen Polizeigewalt

In Kolumbien gingen von April bis Juli 2021 hunderttausende Menschen auf die Strasse. Doch die Proteste wurden mit brutaler Gewalt niedergeschlagen. Mutige Aktivist*inn*en haben die schweren Menschenrechtsverletzungen dokumentiert und setzen sich für die Opfer ein.

Am Anfang der Proteste, im April 2021, wurde ein landesweiter Streik ausgerufen, und in vielen Regionen fanden überwiegend friedliche Massendemonstrationen statt. Seither fordern die Menschen in Kolumbien soziale Gerechtigkeit und wollen einen gesellschaftlichen Wandel erwirken – weg von der systemischen Gewalt, hin zu einem friedlichen Ausgleich. Eine so noch nie da gewesene Volksbewegung ist entstanden – der Staat reagiert mit unerbittlicher Repression: Zahlreiche Menschen wurden getötet,

hunderte verletzt, inhaftiert und gefoltert; viele werden vermisst. Die Stadt Cali, die sehr stark von Ungleichheit, Ausgrenzung und strukturellem Rassismus gegen die afrokolumbianischen Einwohner*innen geprägt ist, wurde zum Epizentrum der Proteste und zur besonderen Zielscheibe der Repression.

Juristische Begleitung der Opfer

Wir waren von Freund*inn*en in Kolumbien über die Situation informiert worden und ergriffen verschiedene Initiativen, um auf

die kolumbianische Regierung einzuwirken und über die ganze Problematik zu berichten.¹ Gleichzeitig suchten wir mögliche Partner:innen in Kolumbien, um genauere Informationen zu bekommen und unsere Hilfe anzubieten. So lernten wir die NGO «Temblores» («Erdbeben»)² kennen, die aus jungen Jurist:innen und Aktivist:innen besteht, und sind seither mit ihr in regelmässiger Verbindung. Temblores leistet den Opfern der blutigen Unterdrückung Rechtsbeistand mit der mobilen «Justiz-Klinik» unter dem Namen POLICARPA. Immer noch werden Menschen, die in der sozialen Bewegung aktiv waren, insbesondere Jugendliche, verfolgt oder sogar getötet.

Temblores hat in Zusammenarbeit mit zwei anderen Menschenrechtsorganisationen die zahlreichen Verstösse der kolumbianischen Polizei gegen die Interamerikanische Menschenrechtskonvention (IACHR) aufgedeckt. In einem Bericht vom Juli 2021 erklärt die NGO: «Während des landesweiten Streiks hat der kolumbianische Staat systematisch seine Verpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte im Zusammenhang mit der Ausübung des Rechts auf friedliche Demonstrationen verletzt sowie die Normen des Internationalen Gerichtshofs für Menschenrechte zur Regulierung und Kontrolle des Einsatzes von Sicherheitskräften im Kontext sozialer Proteste missachtet.»

Zeit für eine Polizeireform

Temblores nimmt die Aussagen der Opfer und anderer Zeug:innen entgegen, verteidigt die Geschädigten und veröffentlicht Untersuchungen und Statistiken über die systematische Gewalt der Sicherheitskräfte auf ihrer Internetplattform GRITA¹.

Die Organisation kritisiert hauptsächlich folgende gewalttätige Praktiken der Polizei: den wahllosen und unverhältnismässigen Einsatz von Schusswaffen; den Gebrauch nicht direkt tödlicher, aber gefährlicher Waffen wie Tränengas und/oder Lähmungsgas sowie von Gummigeschossen und Granaten; den Einsatz von «Venom»-Granatwerfern, die 30 Abschussrohre besitzen und sofort grosse Mengen an Reiz-Chemikalien über ein grosses Gebiet verteilen können; den Beschuss von Häusern und Wohngebieten mit Tränengas und/oder Lähmungsgas; die Verletzung des Grundsatzes der Öffentlichkeit von Polizeiverfahren wie das Verbergen der Dienstausweise der Beamten, die Belästigung und Inhaftierung von Journalist:innen; Schläge und Folter an willkürlich inhaftierten Personen, rechtswidrige Forderungen an dieselben im Austausch für ihre Freiheit; sexuelle Übergriffe bis hin zu Vergewaltigungen; Verschwindenlassen von Menschen. Allein in den wenigen Monaten des Streiks und der Demonstrationen registrierte GRITA rund 5.000 Gewalttaten der Polizeikräfte im ganzen Land.

Zerstörte Augen

Bis jetzt ist die Polizei in Kolumbien dem Verteidigungsministerium unterstellt. Für etwaige Verfahren gegen die Polizisten ist die Militärjustiz zuständig, die ohne Öffentlichkeit agiert. Es fehlt also jegliche Transparenz, und es ist faktisch ausgeschlossen, dass gewalttätige Polizisten von der eigenen Hierarchie ver-

urteilt werden. Temblores fordert öffentliche Prozesse, die Verurteilung der gewalttätigen Beamten, das Verbot bestimmter Waffen und eine gross angelegte Polizeireform. Ein spezieller Bericht, der Anfang Dezember 2021 veröffentlicht und gratis als Broschüre verteilt wurde, widmet sich den Gesichts- und Augenverletzungen durch Geschosse und Gase: Zerstörung der Iris, Netzhautablösung, Glaskörperblutung und Traumata des Auges und der Augenhöhle. Die Opfer haben dadurch vorübergehende oder bleibende Schäden davongetragen, die ihr weiteres Leben stark beeinträchtigen. 103 Fälle werden dokumentiert.

Temblores wurde seit seiner Gründung im Jahr 2016² während der Periode des Friedensabkommens zwischen der damaligen Regierung und der FARC-Guerilla immer wieder bedroht. Doch seit dem Streik und den Demonstrationen haben sich die Einschüchterungsversuche und die staatlichen Verfolgungsmassnahmen gegen die Organisation intensiviert. Sie ist durch ihre engagierte Arbeit mehr als unbequem für die Eliten in Politik, Polizei und Militär. So mussten zwei Repräsentanten von Temblores nach der Veröffentlichung des Berichts über die Augenverletzungen das Land verlassen. Sie hatten Hinweise bekommen, dass gegen sie ermittelt würde. In ihrem vorläufigen Exil im Ausland verlangen sie Aufklärung von den staatlichen Stellen über die Vorwürfe, die ihnen zur Last gelegt werden, und auch über Abhörmassnahmen seitens der Behörden gegen sie.

Ein grosses «Erdbeben»

Alejandro Lanz, Co-Direktor von Temblores, erklärt «Erdbeben», den Namen der Orga-

nisation, mit dem historischen Moment, den Kolumbien seit dem Friedensprozess durchlebt. Er vergleicht die Transformation der kolumbianischen Gesellschaft und des Landes mit einer grossen Bewegung von tektonischen Platten: «Wir wollen diesen Wandel mit starken Bewegungen herbeiführen, die mit den Gewaltdiskursen brechen und den Aufbau einer demokratischeren und gerechteren Gesellschaft für diejenigen Menschen fördern, die Gewalt erfahren haben und nie Zugang zu Justiz und staatlichen Dienstleistungen hatten.»

Das Logo von Temblores ist ein sich aufbäumender Elefant. Die Organisation will durch diese Metapher⁵ zeigen, dass sie versucht, grosse, unausgesprochene Probleme sichtbar zu machen und gegen diese vorzugehen. Damit Temblores diese Aufgabe noch lange erfüllen kann, unterstützen wir diese wichtige Initiative auch international. Das «Erdbeben» in der kolumbianischen Gesellschaft für Gerechtigkeit und Frieden muss weitergehen!

Michael Rössler

1. Siehe Archipel Nr.306, September 2021

2. <https://www.temblores.org>

3. GRITA: Grabar, Registrar, Investigar, Triangular, Asistir (Aufnehmen, Aufzeichnen, Untersuchen, Abgleichen, Assistieren).

4. Seit seiner Gründung versucht Temblores, die Gewalt gegen Gruppen sichtbar zu machen, die in Kolumbien seit jeher an den Rand gedrängt werden: LGBTI-Personen, sozial ausgegrenzte junge Menschen, Drogenabhängige, Inhaftierte und Obdachlose.

5. Der Elefant im Raum ist eine ursprünglich russische, inzwischen im englischen Sprachraum weit verbreitete Metapher (elephant in the room), die aber auch im Deutschen vorkommt. Der Anglizismus bezeichnet ein offensichtliches Problem, das zwar im Raum steht, aber dennoch von den Anwesenden nicht angesprochen wird.

WALD/RUMÄNIEN

Der Ast, auf dem wir sitzen...

In Rumänien fallen unsere letzten Ur- und Naturwälder in einer unfassbaren Geschwindigkeit den Kettensägen zum Opfer. Seit etwa zwei Jahren läuft aus diesem Grund bereits ein EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen Rumänien, doch nichts hat sich geändert. Tag für Tag verschwindet mehr Wald – und damit auch die Heimat unzähliger Tier- und Pflanzenarten – ein einzigartiges Naturerbe.

Alte Wälder, die über Jahrtausende vom Menschen fast unberührt gewachsen sind, gibt es in Europa nur noch sehr wenige. Solche Ur- und Naturwälder sind gleichzeitig Hotspots der Biodiversität und grosse Kohlenstoffspeicher. Damit sind sie sehr wichtig für den Schutz von Klima und Biodiversität. Etwa ein Drittel der Ur- und Naturwälder der gemässigten Klimazone Europas befinden sich in Rumänien. Ausserdem beherbergt das Land noch etwas über 500.000 Hektar potentieller Ur- und Naturwälder laut der Pri-

mofaro-Studie («Potential Primary and Old-Growth Forest Areas in Romania») von Euro-Natur aus dem Jahr 2019. Doch diese Wälder stehen unter stetigem Druck und werden tagtäglich weiter abgeholzt – selbst in Schutzgebieten. Und mit jedem entnommenen Baum wachsen die Kahlschläge und schrumpfen die letzten Urwälder Europas.

Verschlechterungsverbot

Schon seit Jahren verfolgen NROs (Nicht-Regierungs-Organisationen) mit wachsen-

der Besorgnis, wie diese wertvollen Wälder auch in Schutzgebieten wie etwa Nationalparks und Natura 2000-Gebieten sowie nahe UNESCO-Weltnaturerbestätten vernichtet werden. Natura 2000-Gebiete sind Teil eines EU-weiten Schutzgebietsnetzwerks. Damit sind EU-Mitgliedsstaaten verpflichtet, die hierfür bestehenden Richtlinien einzuhalten und in ihrer nationalen Gesetzgebung umzusetzen. Teile dieser EU-Richtlinien bestehen darin, dass jeder Mitgliedsstaat die in der Richtlinie definierten Lebensräume (darunter auch Ur- und Naturwälder) unter Schutz stellt und sicher geht, dass diese in einem guten ökologischen Zustand bleiben oder in einen solchen zurückgeführt werden, falls sie bereits beeinträchtigt sind. Es gilt das so genannte «Verschlechterungsverbot». Umweltschutzorganisationen wie EuroNatur und Agent Green haben 2019 und 2020 mehrere Klagen bei der EU eingereicht, da Rumänien diese Vereinbarungen nicht einhält. Im Februar 2020 wurde die EU-Kommission aktiv und startete ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Rumänien. Das Land wurde aufgefordert, seine Gesetze so anzupassen, dass die Wälder in den Natura-2000-Gebieten nach EU-Recht vollständig geschützt sind. Doch die Naturschutzorganisationen konnten in den letzten Jahren weitere Beweise dafür sammeln, dass in den Gebieten weiterhin massiv abgeholzt wird. So wurden im Sommer 2021 beispielsweise grosse Kahlschläge im Domogled-Natura-2000-Gebiet entdeckt, welches gleichzeitig Rumäniens grösster Nationalpark ist. Die Kahlschläge befinden sich sehr nahe der Kernzone sowie der UNESCO-Weltnaturerbestätten¹ und betreffen sehr alte Ur- und Naturwälder mit herausragender biologischer Bedeutung.

Rumänien ist ausserdem Heimat der grössten Populationen von Bären, Wölfen und Luchsen in Europa. Zudem sind die Ur- und Naturwälder Lebensraum für viele weitere endemische und seltene Arten, wie Auerhuhn (*Tetrao urogallus*), Dreizehenspecht

(*Picoides tridactylus*) oder der Käfer Eremit (*Osmoderma eremita*). Doch die massiven Abholzungen bedrohen nicht nur ihre Lebensgrundlage; auch die ökologische Konnektivität² zwischen den Lebensräumen wird gefährdet, was zur Isolation von Populationen führen kann und die genetische Variabilität vermindert. Für den Erhalt der Biodiversität sind unsere letzten Ur- und Naturwälder unverzichtbar. Das gilt ebenso für den Klimaschutz, denn alte Wälder sind Kohlenstoffsenken der Superlative.

Ein gefährlicher Trugschluss

Leider basieren grosse Teile der Abholzungen auf einer verdrehten Wahrheit: Biomasse aus Holz wird als «grüne Energie» gepriesen. Doch dies ist ein Trugschluss in zweierlei Hinsicht: Wälder wachsen zwar nach, doch die Biodiversität und natürlichen Kreisläufe gehen für viele Jahre, wenn nicht sogar unwiederbringlich verloren. Beim Verbrennungsvorgang werden Unmengen an CO₂ freigesetzt, für deren erneute Speicherung der Wald erst wieder über Jahrhunderte nachwachsen muss. Es wird also bei der Verbrennung von Holz in sehr kurzer Zeit sehr viel CO₂ – eben jenes, welches in den Bäumen gespeichert war – freigesetzt. Zusätzlich wird auf den Flächen, auf denen der Wald stand, auch das in der Erde gespeicherte CO₂ ohne Bewuchs zu grossen Teilen wieder freigegeben. Die erneute Speicherung dieser Mengen an CO₂ dauert dagegen viele Jahrzehnte.

Dies zeigt deutlich, dass Energiegewinnung aus Holzbiomasse – insbesondere, wenn es sich um Holz aus alten Wäldern handelt – nicht nachhaltig ist und so auch nicht dargestellt werden sollte. Deshalb setzen sich die verbündeten Naturschutzorganisationen dafür ein, dass Energiegewinnung aus Holzbiomasse zukünftig nicht mehr auf die «Erneuerbare-Energien-Ziele» angerechnet werden dürfen. Derzeit findet eine Überarbeitung der Erneuerbare-Energie-Richtlinie der EU (RED - Renewable Energy Directive)

statt, so dass der Zeitpunkt für diese Forderung günstig ist. Insbesondere Holz aus Ur- und Naturwäldern darf nicht für einen kurzfristigen Energiegewinn verbrannt werden. Alte Wälder müssen unberührt bleiben, bis die Bäume von alleine vergehen und der Kreislauf von neuem beginnt!

Ein weiterer grosser Teil des in den letzten Ur- und Naturwäldern gewonnenen Holzes wird für die Produktion von Spanplatten und billigen Möbeln verwendet. Trotz des illegalen Einschlags gibt es keine juristischen Konsequenzen für die Holzfirmen. Derweil behaupten die rumänischen Behörden weiterhin, dass in den Ur- und Naturwäldern des Landes alles unter Kontrolle ist. Tatsächlich gab es Gesetzesänderungen, doch leider stellt sich bei genauerem Hinsehen heraus, dass diese keine positiven Auswirkungen haben und die Wälder weiterhin abgeholzt werden. Dies belegt auch das nationale Nachverfolgungssystem für Holztransporte namens SUMAL 2.0, ein Onlineprogramm mit integrierter App. Hier kann man für die jeweils drei zurückliegenden Tage nachverfolgen, in welchen Gebieten Holztransporte stattgefunden haben. Die App zeigt das enorme Ausmass: Rund 45.000 Transporte pro Tag sind hier registriert! Die Fotos, die die Fahrer hochladen müssen, zeigen teilweise meterdicke Stämme sehr alter Bäume – die mit aller Wahrscheinlichkeit aus Schutzgebieten stammen. Und SUMAL 2.0 zeigt nur die Transporte, die offiziell registriert sind! In den knapp zwei Jahren seit Beginn des EU-Vertragsverletzungsverfahrens hat sich also nichts Grundlegendes in Rumänien geändert. Nun müsste die Europäische Kommission endlich den nächsten Schritt machen und die rumänischen Behörden vor den Europäischen Gerichtshof bringen. Beweise, dass die Paradieswälder in Rumäniens Natura-2000-Gebieten und anderen Schutzgebieten nicht ausreichend geschützt sind, gibt es genug.

Janinka Lutze,
EuroNatur Stiftung



1. Weltnaturerbe «Alte Buchenwälder und Buchenurwälder der Karpaten und anderer Regionen Europas»
2. Konnektivität: Fähigkeit von Systemen, eine Verbindung herzustellen

Nebel hängt über der dystopischen Landschaft eines Raubschlags.

Tristesse auf Leinwand:
M.Arrow